

amtliche Bekanntmachung

012 K 005/20



AMTSGERICHT OLPE

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 20.05.2021, 10:30 Uhr,
im Amtsgericht Olpe, Bruchstr. 32, 57462 Olpe, Saal 037**

das im Attendorn Blatt 8703 eingetragene Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Attendorn, Flur 9, Flurstück 611, Gebäude- und Freifläche,
Mühlhardt 19 a, Größe 244 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein eingeschossiges, voll unterkellertes Einfamilienhaus/Doppelhaushälfte. Das Objekt befindet sich noch in der Bauphase, Baubeginn vermutlich im September 2017. Eine Nutzung ist derzeit nicht möglich. Wohnflächen ca. 139 m², Nutzflächen ca. 11 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 26.05.2020 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 124.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Olpe, 11.02.2021